

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Geleitwort	5
Vorwort	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	17
Verzeichnis der Zeitschriften und Sammelwerke	21
Verzeichnis der Abbildungen	23
Einführung	25
ERSTER TEIL: TATBESTAND DER NUTZUNGSÜBERLASSUNG	29
Kapitel 1: Wirtschaftsgüter als Gegenstand der Nutzungsüberlassung	29
A. Zur Identität von Wirtschaftsgut- und Vermögensgegenstandsbegriff	30
B. Kreis der potentiellen Wirtschaftsgüter	34
C. Zeitpunkt der Konkretisierung potentieller Wirtschaftsgüter	36
I. Konkretisierung materieller Wirtschaftsgüter	38
II. Konkretisierung immaterieller Wirtschaftsgüter	40
a) Konkretisierung wirtschaftlicher Vorteile	41
1. Begriff der wirtschaftlichen Vorteile	41
2. Zeitpunkt der Konkretisierung	45
2.1 Originärer Erwerb	45
2.2 Überlassung zur Nutzung	50
2.3 Derivativer Erwerb	52
3. Das Aktivierungsverbot des § 5 Abs. 2 EStG als Ausdruck des Konkretisierungsprinzips für wirtschaftliche Vorteile	57

	<u>Seite</u>
4. Abgrenzung zwischen dem Geschäftswert und einer Summe von Gewinnchancen (Exkurs)	60
4.1 Bedeutung der Abgrenzung	60
4.2 Problematik der Abgrenzung	63
4.3 Geschäftswertvermutungen der Rechtsprechung	65
(a) Kapitalintensive Unternehmen	66
(b) Personenbezogene Unternehmen	68
(c) Unternehmen in günstiger Lage	69
b) Konkretisierung von Immaterialwirtschaftsgütern	71
1. Kreis der potentiellen Immaterialwirtschaftsgüter und Zeitpunkt ihrer Konkretisierung	71
2. Kritik am Aktivierungsverbot für konkretisierte Immaterialwirtschaftsgüter	76
III. Zusammenfassung	78
Kapitel 2: Nutzungsrecht oder tatsächliches Nutzen als Tatbestandsmerkmal der Nutzungsüberlassung	81
A. Ausübung des Nutzungsrechts als notwendige Bedingung für das Vorliegen einer Nutzungsüberlassung	82
I. Zusammenhang zwischen Einkunftserzielung und Ausübung des Nutzungsrechts	82
II. Nachweis der Ausübung des Nutzungsrechts	86
a) Nachweis der Ausübung des Nutzungsrechts bei der Verwaltung eigenen Vermögens für Rechnung eines nützungsberechtigten nahen Angehörigen (Vertreterproblematik)	86
b) Nachweis der Ausübung des Nutzungsrechts beim zeitweisen Eintritt in eine bestehende Leistungsbeziehung am Beispiel des Wertpapiernießbrauchs	92
1. Problemstellung	92

	<u>Seite</u>
2. Grundsatzentscheidung des Bundesfinanzhofs	93
3. Indizien für die Marktbeteiligung des Wertpapiernießbrauchers	101
3.1 Gesetzlich vorgesehene Rechte und Pflichten des Wertpapiernießbrauchers	101
(a) Gegenseitige Mitwirkungspflichten	101
(b) Pflichten des Wertpapiernießbrauchers	103
(c) Rechte des Wertpapiernießbrauchers	104
c1) Rechte bis zum Rückfluß des angelegten Geldes	104
c2) Rechte nach Rückfluß des angelegten Geldes	107
c3) Rechte des Nießbrauchers in der Zusammenschau	108
(d) Ergebnis	110
3.2 Abweichende vertragliche Vereinbarungen	111
(a) Stimmrechtsvereinbarungen beim Nießbrauch an Anteilsrechten	111
(b) Einräumung des Verfügungsrechts	114
(c) Ergebnis	118
B. Tatsächliches Nutzen als hinreichende Bedingung für das Vorliegen einer Nutzungsüberlassung	119
I. Abgrenzung zwischen Nutzungs- und Gefälligkeitsüberlassung nach der Rechtsprechung des BFH	120
a) Anforderungen an die Rechtsposition des Nutzenden bei unentgeltlicher Überlassung	120
b) Anforderungen an die Rechtsposition des Nutzenden bei entgeltlicher Überlassung	122

	<u>Seite</u>
II. Kritik an der Vorstellung, Gefälligkeitsüberlassungen seien keine Nutzungsüberlassungen im Sinne des Einkommensteuergesetzes	125
Kapitel 3: Abgrenzung zwischen zeitweiser Überlassung und endgültiger Übertragung	128
A. Kriterien des wirtschaftlichen Eigentums	130
I. Rechtliche und tatsächliche Herrschaft über ein Wirtschaftsgut als mögliche Anknüpfungspunkte für die steuerliche Zurechnung	131
a) Anknüpfung an die rechtliche Herrschaft	133
1. Legaldefinitionsvorstellung	133
2. Kritik an der Legaldefinitionsvorstellung	135
3. Kritik an den zur Rettung der Legaldefinitionsvorstellung vorgetragenen Argumenten	136
3.1 Beispielfall-Argument	137
3.2 Ausnahmefall-Argument	139
4. Zwischenergebnis	140
b) Anknüpfung an die tatsächliche Herrschaft	141
1. Eigenbesitz als eindeutiges Zurechnungskriterium	141
2. Die Zurechnungsvorschrift des § 39 AO aus der Sicht der Eigenbesitzvorstellung	142
II. Die verschiedenen Ausprägungen der Eigenbesitzvorstellung	145
a) Objektive Eigenbesitzvorstellung	145
b) Subjektive Eigenbesitzvorstellung	148
c) Objektivierete Eigenbesitzvorstellung	150

	<u>Seite</u>
B. Zurechnung von zivilrechtlich zur Nutzung überlassenen Wirtschaftsgütern	153
I. Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums bei langfristiger Überlassung	154
a) Rechtliche Ausschlußmöglichkeit	154
b) Wirtschaftliche Ausschlußmöglichkeit	157
1. Ausschluß von jeglicher Einwirkung	158
2. Ausschluß auf Dauer	160
2.1 Grundstücksfläche	161
2.2 Unterirdische Hohlräume	163
2.3 Bewegliche Wirtschaftsgüter	164
2.4 Gebäude	165
2.5 Bodenschätze	170
2.6 Immaterialwirtschaftsgüter	183
II. Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums bei voraussichtlich nachfolgender Übereignung	186
a) Übereignungsanspruch	186
b) Übereignungswahrscheinlichkeit	188
c) Bedeutung der Durchsetzbarkeit des Übereignungsanspruchs in Abhängigkeit von der Übereignungswahrscheinlichkeit	190
d) Unmaßgeblichkeit der tatsächlichen Übereignung	192
III. Besonderheiten bei Finanzierungs-Leasing-Verträgen	193
C. Zurechnung von zeitweise übereigneten Wirtschaftsgütern	195
I. Zeitweise Übereignung von Grundstücken	195
II. Sonstige Fälle der zeitweisen Übereignung	197

	<u>Seite</u>
D. Zurechnung von durch Baumaßnahmen auf fremden Grundstücken geschaffenen Wirtschaftsgütern	201
I. Zurechnung von Gebäuden auf fremdem Grund und Boden	201
a) Aus der Sicht der Legaldefinitionsvorstellung	201
b) Aus der Sicht der Eigenbesitzvorstellung	204
c) Zur Existenz von immateriellen Wirtschaftsgütern, die wie materielle zu behandeln sind	207
II. Behandlung von Ein- und Umbaukosten	214
a) Schaffung eines wirtschaftlichen Vorteils	214
b) Anschaffung und Herstellung selbständiger materieller Wirtschaftsgüter	215
1. Betriebsvorrichtungen	216
2. Umbauten	217
3. Einbauten	219
c) Erhaltungsaufwendungen	221
d) Gebäudeherstellungskosten	223
E. Zurechnung von unter Nutzungsvorbehalt übereigneten Wirtschaftsgütern	226
I. Übereignung unter Nutzungsvorbehalt zu eigenen Gunsten	226
a) Typische Fälle der Übereignung unter Nutzungsvorbehalt zu eigenen Gunsten	226
b) Persönliche Zurechnung des übereigneten Wirtschaftsgutes nach der Rechtsprechung des BFH am Beispiel des Vorbehalt <u>s</u> nießbrauchs	228
1. Zurechnung nach der objektiven Eigenbesitzvorstellung	228
2. Zurechnung nach der subjektiven Eigenbesitzvorstellung	230

	<u>Seite</u>
3. Zurechnung nach der objektivierten Eigenbesitzvorstellung	236
c) Stellungnahme	239
II. Übereignung unter Nutzungsvorbehalt zugun- sten Dritter	242
a) Typische Fälle der Übereignung unter Nut- zungsvorbehalt zugunsten Dritter	242
b) Steuerliche Behandlung der Übereignung unter Nutzungsvorbehalt zugunsten Dritter am Beispiel des Vermächtnisnießbrauchs	244
c) Stellungnahme	246
Kapitel 4: Zusammenfassung der Ergebnisse des ersten Teils	247
ZWEITER TEIL: EINKOMMENSTEUERLICHE BEHANDLUNG DER NUTZUNGS- ÜBERLASSUNG	249
Kapitel 1: Entgeltliche Nutzungsüberlassung	249
A. Periodisierung von Vorleistungen	249
I. Periodisierung von Vorleistungen bei bilanzieller Gewinnermittlung	250
II. Periodisierung von Vorleistungen im Geltungsbereich des Zuflußprinzips	255
B. Aktivierungsfähigkeit entgeltlich eingeräumter Nutzungsrechte	257
C. Nutzungsrechte als Gegenstand gesellschafts- rechtlicher Einlagen	265
Kapitel 2: Unentgeltliche Nutzungsüberlassung	268
A. Abschreibungsberechtigung bei unentgeltlicher Nutzungsüberlassung	268
I. Ableitung der persönlichen AfA-Berechtigung aus dem Wertverzehr- bzw. Kostenvertei- lungsgedanken	270
II. Kostentragung als Merkmal der persönlichen AfA-Berechtigung	272

	<u>Seite</u>
III. Bedeutung des Kostentragungsgedankens für die Geltendmachung von Aufwendungen am Beispiel der Werbungskosten	273
a) Sofort abzugsfähige Ausgaben	273
b) Periodisierte Ausgaben	278
IV. Grundsatz der sachlichen Zuordnung von Aufwendungen	281
B. Einlagefähigkeit von Nutzungsrechten und Nutzungen	284
I. Einlagefähigkeit unentgeltlich eingeräumter Nutzungsrechte	285
II. Einlagefähigkeit von Nutzungen	288
Kapitel 3: Vorzeitige Beendigung der Nutzungsüberlassung gegen Abfindung	294
A. Behandlung beim Abfindenden	295
I. Abstandszahlungen in zeitlichem Zusammenhang mit einem Anschaffungs-, Herstellungs- oder Veräußerungsvorgang	296
a) Zeitlicher Zusammenhang mit einem Anschaffungsvorgang	296
b) Zeitlicher Zusammenhang mit einem Veräußerungsvorgang	298
c) Zeitlicher Zusammenhang mit einem Herstellungsvorgang	300
II. Abstandszahlungen in sachlichem Zusammenhang mit einem Anschaffungs-, Herstellungs- oder Veräußerungsvorgang	301
a) Sachlicher Zusammenhang mit einem Herstellungsvorgang	301
b) Sachlicher Zusammenhang mit einem Anschaffungsvorgang	303
c) Sachlicher Zusammenhang mit einem Veräußerungsvorgang	304

	<u>Seite</u>
B. Behandlung beim Abfindungsempfänger	305
I. Steuerbarkeit von Abfindungen	305
a) Das Surrogationsprinzip	305
b) Rechtsverzicht als Leistung i.S.d. § 22 Nr. 3 EStG	307
II. Tarifvergünstigungen für Abfindungen	310
Kapitel 4: Entgeltlicher Eintritt in ein bestehendes Nutzungsverhältnis	314
Kapitel 5: Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Teils	317
Schlußbemerkung	319
Quellenverzeichnis	323
Stichwortverzeichnis	355